

AKTIONSGEMEINSCHAFT STUDENTENFORUM

STUDIENREFORM:

Die bisher durchgeführten Studienreformen beschränken sich im wesentlichen auf ein Kumulieren von Stoffgebieten, die zunehmende Vergrößerung der Wissensgebiete führte zu einer fortschreitenden Fächerspezialisierung und dadurch zu einer immer größeren Verschuldung der Universität. Aus dieser Situation ergeben sich die Vorstellungen und Forderungen der AKTIONSGEMEINSCHAFT STUDENTENFORUM:

Um die Autonomie der einzelnen Universitäten und Studienkommissionen zu erhöhen müssen die von Ministerien erstellten Studienordnungen abgeschafft werden. Die Studienpläne sollen eine möglichst große Flexibilität aufweisen und Umweltschutz sowie alternative Technologien berücksichtigen. Wir fordern eine Überprüfung der didaktischen Fähigkeiten der Professoren. Studenten sind bei ihren Prüfungen, As-

sistenten ihren Dienstvertragsverlängerungen einer Leistungsüberprüfung ausgesetzt. Einzig die Professoren sind mit ihrer Pragmatisierung gegen jedwede Leistungsüberprüfung "immun". Eine drittelparitätlich besetzte Kommission sollte nach 5 Jahren die Lehr- und Forschungstätigkeit der Lehrenden überprüfen und bei unzureichender Qualifikation eine Einschränkung der Lehr- und Prüfungstätigkeit verfügen können. Die Einführung des Projektstudiums im zweiten Studienabschnitt für wissenschaftliche Arbeiten sollte verwirklicht werden. Ein Projektstudium soll den Studenten unter Anleitung eine interfakultären Beteiligung an realitätsbezogenen Projekten ermöglichen. Wir fordern ein Abgehen vom Frontalunterricht und statt dessen eine verstärkte kleingruppenarbeit, die den Studierenden in größerem Ausmaß an der Lehre beteiligt und ihn zu einer aktiveren Kommunikation anregt.

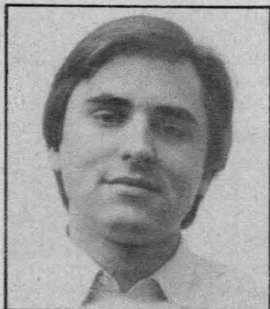
SOZIALES:

für die AKTIONSGEMEINSCHAFT STUDENTENFORUM gibt es keine Trennung zwischen den Begriffen Studienreform und Soziales, da die Auswirkungen der Studienreform sehr stark die soziale Sphäre eines Lernwilligen berühren und beeinflussen. Wir bejahen grundsätzlich das bestehende Studienförderungssystem. Es ist richtig, daß die Allgemeinheit die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, wenn die Familie des Studenten dazu nicht in der Lage ist.

Wir fordern aber unter anderem die Anpassung des Stipendiums an die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten sowie eine Dynamisierung der Stipendien (Abgeltung der Inflation) und der Bemessungsgrundlage.

UOG - Reform

Das Universitätsorganisationsgesetz (UOG) regelt die Organisa-



Erich
Platzer
Techn. Ch.



Markus
Serschen
Techn. Ch.

tion und die Entscheidungsfindung in allen universitären Bereichen. Es ist daher für alle mit der Universität verbundenen Personengruppen von zentraler Bedeutung. Wenn auch dieses Gesetz nur vom Nationalrat geändert werden kann, so darf es aber den Studenten keineswegs gleichgültig sein, was mit diesem Gesetz passiert.

Daher in der notwendigen Kürze unsere diesbezüglichen wichtigsten Forderungspunkte:

- Echte Autonomie für die Universitäten: Das Ministerium sollte nur ein Aufsichtsrecht erhalten, aber kein Weisungsrecht, mit dem das Ministerium (fast) alles selbst entscheiden kann. Desgleichen sollten die Universitäten eine echte Budget- und Personalautonomie bekommen, denn es kann z.B. kaum sinnvoll sein, wenn im Ministerium ein Bürokrat entscheidet, ob das Geld an einem Institut für Bücher oder für Meßgeräte ausgegeben werden darf.

- Wiedereinführung des Blockvetos (= wenn eine Kurie geschlossen dagegen stimmt, so kann der Antrag nicht mehrheitlich beschlossen werden). Allein mit der Existenz des Blockvetos kann eine konstruktive Problemlösung in einem Gremium erzwungen werden.

- Einführung der Drittelparität in allen Gremien bei gleichzeitiger Verkleinerung der Gremien.

Letzteres erfordert das Vertreterprinzip auch bei den Professoren für alle Gremien.

- Die Institutsvorstände sollen mehr als bisher verpflichtet werden, die Forschungsarbeit in den Institutskonferenzen offenzulegen (Forschungsbericht).

- Zur besseren Information der Nichtkommissionsmitglieder und zur Motivation der Studenten für ein Engagement in der Mitbestimmung sollten die Sitzungen öffentlich sein (Beobachtungsrecht für Interessierte; ausgenommen bei sensiblen Personalbereichen)

- Freiwerdende Assistentenposten sollten im Rahmen der Universitätsautonomie auch an ein anderes Institut umgelegt werden können.

AKTIONSGEMEINSCHAFT STUDENTENFORUM

Wie wichtig die Studentenvertretung ist, hat der Wirbel rund um das AHStG gezeigt. Wenn damals die Studentenschaft nicht geschlossen auf die Barrikaden geklettert wäre, dann sähe unsere Uni und das Studium graulich aus. Durch entschlossenes Auftreten und starkes Verhandeln, konnte vieles aus dem Gesetz entfernt werden.

Durch die Verhandlungen gab es aber noch ein zweites Ergebnis: Die Vertreter des Studentenforums, der ÖSU und des Forum

Innsbruck trafen sich regelmäßig und bald gab es Gespräche nicht nur über das AHStG, sondern auch über das Thema, was trennt uns und was verbindet uns. Historisch haben alle drei Gruppen die selben Wurzeln. Nach langen Verhandlungen konnte folgendes Resümee gezogen werden:

- das Verbindende ist sicher größer als das Trennende.

- Alle drei Fraktionen haben in der Vergangenheit eine starke lokale Entwicklung gemacht, Fehler wurden bei den Wahlen durch die Wähler "honoriert" und die Fraktion flog aus der Exekutive.

- Die basisnahen Ortsgruppen setzten sich durch (z.B. GRAZ und Salzburg).

- Eine Aufsplitterung sollte unter allen Umständen verhindert werden.

Die Hochschülerschaft ist eine zu wichtige Angelegenheit, als daß sie durch zersplitterte Gruppen instabil wird. Es kandidieren daher für den Zentralausschuß diese drei Gruppen auf der Liste **AKTIONSGEMEINSCHAFT ÖSU -STUDENTENFORUM - FORUM INNSBRUCK**. Da die ÖSU an der TU Graz auf Grund ihres traditionellen Naheverhältnisse zum VSSTÖ den Sprung in die politische Mitte nicht geschafft hat, kandidiert für den Hauptausschuß an der TU Graz die **AKTIONSGEMEINSCHAFT STUDENTENFORUM** alleine.



Hannes
Türtscher
E. Techn.



Thomas
Rauscher
E. Techn.



Burkhard
Stadlmann
E. Techn.